



Sitzung(en)	Termin
Kreistag des Landkreises Hersfeld-Rotenburg	16.09.2024

**Drucksache-Nr. XII/221 vom 27.08.2024**

### **Anfrage der AfD-Kreistagsfraktion betr. Arbeitspflicht für Leistungsempfänger**

#### **Sachverhalt:**

Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind arbeitsfähige, nicht erwerbstätige Leistungsberechtigte zur Wahrnehmung einer zur Verfügung gestellten Arbeitsgelegenheit verpflichtet. Dazu gehört auch gemeinnützige Arbeit. Allgemein wird das als erster Schritt zur Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit und damit zur Integration angesehen.

Eine ähnliche Verpflichtung gibt es auch für Bürgergeldempfänger. Demnach kann das Bürgergeld zeitweise gestrichen werden, wenn eine zumutbare Arbeit beharrlich verweigert wird. Ziel ist auch hier eine Vermittlung in ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis.

Im Rahmen des aktuellen Landtagswahlkampfes versuchen einige der Landkreise insbesondere im Nachbarland Thüringen sich bei der Durchsetzung der Arbeitspflicht für Leistungsempfänger gegenseitig zu übertreffen, wie man auch in der Tagespresse nachlesen kann. Beispielsweise WELT Online "Landkreis verpflichtet Asylbewerber zu Arbeit – Jetzt ziehen Behörden Bilanz" am 12.8.2024.

Unsere Fragen:

- 1) Wie behandelt unser Landkreis die Arbeitspflicht von Leistungsempfängern (Asyl oder Bürgergeld)? Gibt es eine zentrale Regelung wie beispielsweise bei der Wohnraumbeschaffung oder sind die einzelnen Kommunen dafür zuständig?
- 2) Werden Asylbewerber und Bürgergeldempfänger hinsichtlich der Arbeitspflicht unterschiedlich behandelt?
- 3) Wie hoch ist der Anteil arbeitsfähiger Leistungsempfänger an der Beziehern dieser Leistungen (Asyl oder Bürgergeld), und wie viele davon verweigern die Arbeit?
- 4) Werden in unserem Landkreis Leistungsempfänger (Asyl oder Bürgergeld) auch zu gemeinnütziger Arbeit herangezogen? Wenn ja, wie hoch ist der Anteil der arbeitsfähigen Leistungsempfänger, die solche gemeinnützige Arbeit leisten?
- 5) Welche Probleme gibt es bei der Betreuung arbeitspflichtiger Leistungsempfänger, die eine Arbeitsaufnahme verhindern?

Für die AfD-Kreistagsfraktion  
gez. Dr. Kurt Gloos  
Fraktionsvorsitzender